# Misereor kritisiert Bundesregierung für Umgang mit Taliban

13. August 2026




Vor fünf Jahren übernahmen die islamistischen Taliban die Macht in Afghanistan. Seitdem hat sich die Menschenrechtslage deutlich verschlechtert. Misereor fordert mehr Unterstützung von der Bundesregierung.

Von Niklas Hesselmann (KNA)

Aachen (KNA) Das katholische Hilfswerk Misereor wirft der Bundesregierung eine De-facto-Zusammenarbeit mit der islamistischen Taliban in Afghanistan vor. Die Bundesregierung stimme Abschiebungen afghanischer Straftäter bilateral mit
dem Regime ab und plane weitere Abschiebungen von Menschen ohne Vorstrafen, kritisierte das Hilfswerk am Mittwoch in Aachen. Am Samstag jährt sich die Machtübernahme des islamistischen Terrorregimes in Afghanistan zum fünften Mal.

Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) habe erklärt, das „De-facto-Regime“ nicht anerkennen zu wollen, tue dies jedoch zunehmend direkt, so das Hilfswerk. Die Botschaft in Berlin und das Generalkonsulat in Bonn würden bereits offiziell von Taliban-Vertretern geleitet, die dazu Visa und eine Erlaubnis der Bundesregierung erhalten hätten.

„Ist es für die deutsche Bundesregierung nicht mehr so schlimm, dass ältere Mädchen und Frauen von jeglichen Bildungsangeboten kategorisch ausgeschlossen werden, dass Kinder ab zwölf Jahren verheiratet werden dürfen, dass Körperstrafen bis hin zu Steinigung von Frauen, die angeblich Ehebruch begehen oder von zu Hause weglaufen, Praxis in Afghanistan sind?“, kritisierte Misereor-Geschäftsführer Bernd Bornhorst. Statt Solidarität und Unterstützung mit der leidenden Bevölkerung zu zeigen, signalisiere Deutschland die Anerkennung des Unrechtsregimes.

Gelder für humanitäre Hilfe, Bildung und Entwicklung habe die Regierung gekürzt, so Bornhorst. Die Arbeit für Hilfswerke werde vor Ort immer schwieriger. Die Bundesregierung fordert er auf, die Kontakte zu den Taliban zu nutzen und für einen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Bildung zu sorgen.

Laut Angaben sind rund 45 Millionen Afghaninnen und Afghanen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Rund 3,7 Millionen Kinder leiden demnach unter Hunger, 14 Millionen Menschen gelten als von Hunger bedroht.

Laut dem Hilfswerk Help kämpfen insbesondere Kinder ums Überleben. „Gleichzeitig verschärfen anhaltende Armut, wiederkehrende Klimaschocks sowie Vertreibungen aus den Nachbarländern die Notlage weiter“, sagte Help-Programm-Manager Julian Loh. Das Hilfswerk weist auf Programme hin, etwa zur Berufsausbildung junger Menschen, die aufgrund der
Mittelkürzungen für humanitäre Hilfe hätten eingestellt werden müssen.

„In Afghanistan leben seit 2023 auch sechs Millionen Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem Iran und Pakistan. Weder die afghanische Wirtschaft noch das humanitäre System sind in der Lage, diese zusätzlichen Menschen aufzunehmen oder zu versorgen“, erklärte die Leiterin des Büros von Caritas international in Kabul, Veronika Staudacher.

Für Frauen sei die Lage besonders problematisch: „Die systematische Ausgrenzung von Frauen aus dem öffentlichen Leben, berufliche und schulische Verbote, sowie die zunehmende Abhängigkeit von männlichen Angehörigen nehmen dem Land jede Zukunftsaussicht.“ Der Mangel an weiblichen Fachkräften im Gesundheitswesen werde sich weiter verschärfen, die Zahl von Ärztinnen, Krankenschwestern und Hebammen werde sinken.

© KNA

Bild von Kaufdex auf pixabay

Stand: 13. November 2026